

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE DEZEMBER 2024

20. JAHRGANG

Start Mission Silberlocke

Die Mission Silberlocke mit Dietmar Bartsch, Gregor Gysi und Bodo Ramelow will nicht den Ton angeben, sondern daran mitwirken, dass Die Linke mindestens drei Direktmandate gewinnt und über 5 Prozent der Zweitstimmen. Angesichts des Rechts-rucks weltweit und in Deutschland darf die linke Stimme im Bundestag und in der Gesellschaft nicht verstummen. Die Aufgabe der Opposition im Bundestag besteht darin, den Zeitgeist zu verändern. Dafür braucht es Die Linke. Lesen Sie mehr zur Mission Silberlocke auf

SEITE 3



Opas
gegen rechts.

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Der dringende Start in die Potsdamer Wärmewende, ein denkwürdiger Kulturausschuss - Schlußschluss von AfD und CDU - sowie die linke Forderung den IT-Support in der Landeshauptstadt in öffentlicher Verantwortung zu belassen stehen in dieser Ausgabe im Mittelpunkt. Außerdem Berichte und Notizen von der Stadtverordnetenversammlung am 4. Dezember und wichtige Termine der linken Stadtfraktion für den Rest Dezember und Januar 2025.

SEITEN 4 und 5



Linke gegen jegliche Sozialkürzungen

Im Potsdamer Stadthaus halten sollen vor allem im Sozialen Bereich, bei Nachbarschaftshäusern, Jugendarbeit, dem Preisdeckel für das Schulmittagessen, dem preisreduzierten ÖPNV-Ticket, Integrations- und Kulturangeboten gestrichen werden. Einsparpotentiale im Baubereich, wie z.B. Die Erweiterung des Stadtkanals, fehlen hingegen völlig. Die Linken-Kreisvorsitzende Iris Burdinski betont: „Wir kämpfen gemeinsam als Fraktion und Kreisverband gegen jegliche Sozialkürzungen. Das können wir uns in Potsdam schlicht nicht leisten.“

SEITE 6



Koalition „Rot-Lila“ – was bringt sie?

Die Brandenburger SPD und das BSW haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Dies lässt nichts gutes erwarten: Schon bald drohen Kürzungen im Sozialbereich. Ein Bekenntnis gibt es dagegen zum Ausbau der Brandenburger Bundeswehrstandorte. Viel Konkretes ist dem Koalitionsvertrag, der die Arbeitsgrundlage für die neue Landesregierung bilden soll, nicht zu entnehmen. Wir berichten und kommentieren auf

SEITE 7



Neumitglieder herzlich begrüßt

Die Potsdamer Linke begrüßte im laufenden Jahr 71 Neumitglieder und ist damit im November wieder über die 500-Mitglieder-Marke gewachsen. Als motivierend für ihren Eintritt in Die Linke gaben die Neumitglieder vor allem die Themen Solidarität, Wohnen, Klima, Kunst und Kultur und insbesondere den Kampf gegen den Rechtsruck an. Ferner lesen Sie unsere Buchempfehlungen für's Jahresende und wichtige Termine.

SEITE 8

Putins Oligarchen leben ungestört im Grunewald

Wie spricht man über das Morgen, in einem Land, wo mir Menschen erzählten, sie hätten aufgehört, an die Zukunft zu denken? Wo es fast nur noch darum geht, das Heute zu überstehen, mit all den Sorgen, die der Krieg mit sich bringt?

Mit einer internationalen linken Delegation bin ich vor einigen Tagen in die Ukraine gereist. Zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern von Linksparteien aus Finnland, Portugal, Schweden und Dänemark wollte ich diese Gelegenheit nutzen, mit den vom Krieg betroffenen Menschen unmittelbar das Gespräch zu suchen.

Mein Besuch in der Ukraine hat mich tief bewegt. Die Menschen dort leisten Unglaubliches, organisieren den Wiederaufbau, evakuieren Menschen aus Frontregionen und unterstützen Millionen Kriegsflüchtlinge. Doch trotz aller Energie ist die Erschöpfung spürbar – ständige Alarme, wenig Schlaf, die Sorge um Angehörige zermürben die Leute. Viele sagen uns, es sei nicht die Zeit, Pläne für morgen zu machen – es gehe nur darum, das Richtige zu tun, hier und jetzt, weil es notwendig ist.

Und dennoch – die Diskussion über die Zukunft der Ukraine, über den Wiederaufbau, hat längst begonnen. Wir dürfen nicht warten, sondern müssen den Menschen jetzt beistehen. In Butscha, einem Ort des Grauens, hat uns eine Vertreterin der Stadtverwaltung eine klare Botschaft an die Bundesregierung mitgegeben: „Helft uns heute beim Wiederaufbau, nicht erst morgen!“

Eines ist klar: Es gibt viele Wege, Solidarität zu zeigen und zu helfen. Der Wiederaufbau ist jetzt wichtig, denn die Menschen in der Ukraine brauchen sofortige Unterstützung. Es braucht konkrete, humanitäre Hilfe, die direkt bei den Menschen ankommt.



Wir müssen uns aber auch fragen, warum Putins reiche Freunde hier ungestört in Luxus leben können, während in der Ukraine so viele Menschen um ihre Existenz kämpfen. Warum tut die Ampelregierung nichts gegen die russischen Oligarchen, die sich im Berliner Nobelviertel Grunewald ihre Luxusvillen kaufen? Es ist höchste Zeit, den Kriegstreibern das Handwerk zu legen. Wir müssen das Eigentum der Oligarchen endlich einfrieren! Niemand, der mit Putin gemeinsame Sache macht und seinen kriminellen Angriffskrieg unterstützt, darf in Europa einfach so in Saus und Braus weiterleben können. Wer Druck auf Putin ausüben will, darf seine Oligarchenclique nicht unbehelligt lassen.

Jan van Aken, Vorsitzender Die Linke auf LINKS BEWEGT.de

MITMACHEN
Kämpfe mit uns
für eine gerechte Welt

**Ergreif Partei.
Werde Mitglied.**

Die Linke

die-linke.de/mitmachen

Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpottdam“ –
BERND MARTIN,
Springbruch 16,
14558 Nuthetal,
OT Bergholz-Rehbrücke.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur; Isabelle Vandre,
Steffen Lehnert, Konstantin
Gräfe

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht – Redaktion
**Die nächste PaS erscheint
am 30. Januar 2025**

LAYOUT

Olaf Dettmann
TELEFON der Redaktion
0157/ 84 95 76 55

E-MAIL

info@medienpunktpottdam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische
Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699,
BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht – Redaktion/
Archiv

DRUCK Nordkurier
Druck GmbH & Co. KG

Mission Silberlocke: Wie Gysi, Ramelow und Bartsch nun in den Wahlkampf eingreifen.

Die drei wollen es nochmal wissen: Gregor Gysi (76 Jahre), Bodo Ramelow (68 Jahre) und Dietmar Bartsch (66 Jahre) treten erneut für den Bundestag an. In Treptow-Köpenick, Erfurt und Rostock bewerben sich die drei um Direktmandate und wollen so auch den Wiedereinzug der Linken in den Bundestag absichern. Denn die sogenannte Grundmandatsklausel ermöglicht Parteien auch dann in den Bundestag einzuziehen, wenn sie die 5%-Hürde nicht erreichen, aber drei Direktmandate erringen. Bei der Präsentation des als „Mission Silberlocke“ betitelten Vorhabens erklärte Bodo Ramelow zu seiner Motivation: „Sozialer Zusammenhalt ist der entscheidende Kitt, der einer menschlichen Gesellschaft Kontur gibt. Damit er funktioniert, verlangt es Mumm, sich mit den Mächtigen anzulegen und den Kapitalismus einzuhegen. Diesen Mumm hat nur Die Linke.“

In der Partei zeigte man sich begeistert. Ines Schwertner, seit



Jede einzelne Stimme für Die Linke zahle auf deren Sitze im Bundestag ein.

Oktober Vorsitzende der Linken, bezeichnete die Aktion der drei Langzeitwahlkämpfer als Teil einer Doppelstrategie der Linken: „Die Silberlocken gehören zu unserem Garantiebrief: Wir treten mit sechs starken Kandidatinnen und Kandidaten in aussichtsreichen Wahlkreisen an und werden damit auf jeden Fall in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen“.

Konstantin Gräfe

71 Prozent der Mieten in Potsdam explodieren

Linke macht Mietendeckel zum Wahlkampfthema

Deutschland hat ein Mietenproblem. Die Angebotsmieten steigen bundesweit ungebremst an. Am stärksten betroffen ist Berlin, wo sich die im Internet angebotenen Mieten zwischen 2014 und 2023 verdoppelt haben. Potsdam folgt mit einer Erhöhung von 71 Prozent. Das geht aus Antworten der Bundesregierung auf Anfragen der Mietenpolitischen Sprecherin der Linken im Bundestag, Caren Lay, hervor.

Linke im Bundestag stellt Mietwucher-Check vor



Unterdessen stellte Die Linke im Bundestag einen Mietwucherrechner vor. Für zunächst vier Städte (Berlin, Hamburg, Leipzig und Freiburg) bietet der Rechner die Möglichkeit festzustellen, ob Mietwucher vorliegt, zu viel Miete gezahlt wird und die Miete sogar gesenkt werden muss. Die Ergebnisse werden den lokalen Wohnungsämtern weitergeleitet, die zuständig

sind. Der Rechner ist unter mietwucher.app erreichbar. Das passt auch zur Strategie der Linken bei der Bundestagswahl. Zentrale Themen sollen der Mietendeckel und der Kampf gegen steigende Preise sein.

„Mietenzkanzler“ Scholz hat Versprechen gebrochen

Lay stellt der Bundesregierung in diesem Zusammenhang ein vernichtendes Zeugnis aus. In einem gemeinsamen Statement mit Jan van Aken, Spitzenkandidat der Linken, erklärt sie: „Die Ampel-Regierung hatte vier zentrale Vorhaben in der Mietenpolitik. Alle hat sie gebrochen. Olaf Scholz war kein Mietenzkanzler, er hat in der Wohnungspolitik komplett versagt. Nach drei Jahren ‚Mietenzkanzler‘ Scholz befinden sich die Mieten auf einem historischen Höchststand, die Zahl der Sozialwohnungen hingegen auf einem historischen Tiefstand.“ Lay und van Aken forderten als Sofortmaßnahme einen Mietestopp für sechs Jahre. Hiermit sollen Mieterhöhungen ausgeschlossen werden. Darüber hinaus fordern die beiden Linkenpolitiker:innen eine Investitionsoffensive für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Zudem sollte die Bundesregierung durch ein Verbot von Strom- und Gassperren und die unbürokratische Übernahme von Heizkosten durch einen Härtefallfonds sicherstellen, dass diesen Winter niemand in seiner Wohnung frieren müsse. Die Linken monierten, dass sich in ganz Deutschland sich die Fälle häuften, bei denen Immobilienkonzerne überzogene Heizkostenrechnungen an ihre Mieter*innen schickten und hofften, dass es niemand merkt.

Mietenzkanzler Scholz? Von wegen!
Die große Abrechnung mit Scholz' Versagen
in der Mietenpolitik finden Sie hier.



RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe Dezember 2024

Dringender Start für Potsdams Wärmewende

In der letzten SVV hat unsere Fraktion, zusammen mit die aNDERE, den Grünen und der CDU, einen Antrag eingebracht, der die Wärmewende in der Landeshauptstadt mit den nötigen Finanzmitteln ausstatten soll. Auf Grund gesetzlicher Vorgaben und dem SVV-Beschluss für eine fossilfreie Wärmeversorgung bis 2035, aber auch dem alternativlosen Ersatz des Heizkraftwerkes Süd (wegen des Endes der Betriebsdauer), ist es notwendig, sehr viel Geld in die Hand zu nehmen, das jedoch in Potsdams Kassen fehlt. Deshalb wurde mit unserem nun auch beschlossenen Antrag ein Weg beschritten, der trotz der enorm angespannten Haushaltslage gangbar scheint. Daher wurde der OB beauftragt, die SWP und die EWP so zu unterstützen, dass sie die geplanten Projekte zum Ersatz des Heizkraftwerks Süds umsetzen können. Dazu sind für die Ablösung des Heizkraftwerkes Süd (Stufe 1 bis 2030) zunächst mindestens die von der Energie und Wasser GmbH (EWP) entwickelten Projekte 1-4 (Heinrich-Mann-Allee1 und 2, Heizkraftwerk Süd 1, Lerchensteig 1) spätestens bis zum Ende des ersten Quartals 2025 hinsichtlich des Eigenkapitals, finanziell abzusichern. Ferner soll der OB einen Verfahrensvorschlag zur Absicherung der Finanzierung für die Projekte 5-8 (Lerchensteig 2 und 3, Gartenstraße und Griebnitzsee) bis



zum März 2025 vorlegen. Notwendig wurde der Antrag in der Schnelle, da sonst für die Geothermieprojekte die Fördermittel auf der Kippe standen, ohne die dieses Vorhaben nicht umsetzbar wäre.

Michel Berlin



Mit auf den Weg ...

Ein denkwürdiger Kulturausschuss – Schulterschluss von AfD und CDU?

Der Kulturausschuss vom 21. November war ein denkwürdiger Tag: Nach langen gemeinsamen Verhandlungsprozessen haben wir zum Rechenzentrum einen wichtigen Antrag beschlossen, der vorsieht die Voraussetzungen für eine Verlängerung des Mietvertrages zum Rechenzentrum um mindestens 5 Jahre für den Zeitraum ab 2026 zu schaffen. Dabei sollen auch vertragliche Modelle für eine Zeit der Sanierung des Rechenzentrums erarbeitet werden, was dringend nötig ist und unserer Forderung des Erhalts erneut ein Stück näherkommt. Um Planungssicherheit für die Mieterinnen und Mieter des RZ zu schaffen, wurde dabei als Ziel gesetzt, das Verlängerungsverfahren ein Jahr vor dem Auslaufen der Verträge zu starten. Abgelehnt wurde dieser Antrag von den Stadtverordneten der AfD und der CDU – und nicht nur das: Die CDU stimmte zuvor auch als einzige mit einem Änderungsantrag der AfD mit, den Rückbau des RZ ab 2027 zu erarbeiten, darunter ihr Fraktionsvorsitzender Willo

Göpel. Die CDU hat damit im Schulterschluss mit der AfD agiert und gezeigt, dass ihr für die eigenen Interessen jede Mehrheit recht ist, auch am rechten Rand – sie verteidigten ihr Vorgehen sogar noch. Dies ist für uns nicht hinnehmbar und wir werden weiter gegen sämtliche Rechtsruckbewegungen in Potsdam ankämpfen.

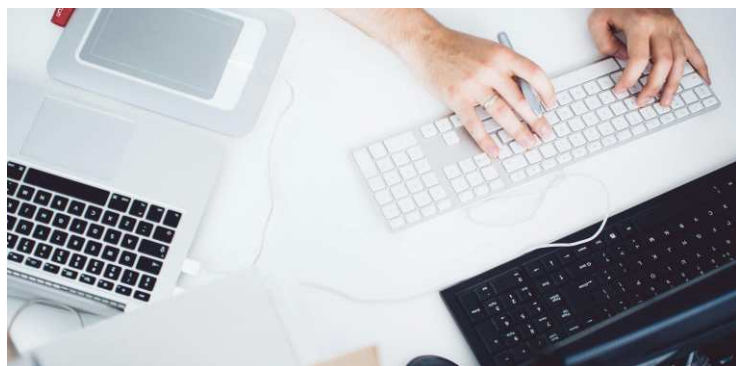
Der in unserem Sinne geänderte RZ-Antrag wurde übrigens auf der SVV am 4. Dezember beschlossen – gegen die Stimmen der AfD, doch bis dahin gab es offenbar einen Sinneswandel bei der CDU: Sie enthielt sich. Vielleicht ein Zuviel an öffentlicher Beobachtung im großen Rahmen?

Tina Lange



IT-Support in kommunaler Hand sichern

Die Zukunft des IT-Supports unserer Verwaltung und Schulen steht zur Debatte. Unsere Fraktion setzt sich mit einem Antrag gegen die geplante Privatisierung ein.



Die Kontrolle über IT-Prozesse ist entscheidend, um die Handlungsfähigkeit der Kommune zu sichern. Wird der IT-Support an private Dienstleister abgegeben, droht der Verlust von Wissen, Kompetenz und Kontrolle. Die Folge wäre eine wachsende Abhängigkeit von Konzernen.

Privatisierungen sind Teil eines kapitalistischen Systems, das öffentliche Aufgaben in Waren verwandelt. Diese Politik schwächt die Gesellschaft und stärkt Konzerne. Wir treten für eine Organisation des IT-Supports ein, die auf dem Gemeinwohl basiert. Dazu gehören kommunale Eigenbetriebe, kommunale Unternehmen oder Kooperationen mit anderen Gemeinden.

Mit dem Antrag fordern wir, alle Möglichkeiten zu prüfen, um den IT-Support in öffentlicher Verantwortung zu belassen. Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung dürfen nicht zu Profitquellen für Unternehmen werden. Die Linke wird weiter für eine IT-Struktur kämpfen, die öffentlich und solidarisch organisiert ist.

Tobias Woelki



ÜBERWIESEN | BESCHLOSSEN ...

Am Jahresende ist es üblich kurz Bilanz zu ziehen: Die Fraktion Die Linke hat seit ihrer Konstituierung im Juni 2024 über 55 kleine Anfragen gestellt und 26 Anträge eingereicht. Davon wurden Stand 04.12.2024 Neun beschlossen, einer abgelehnt, 17 Anträge befinden sich weiterhin im Geschäftsgang. Hinzu kommen zahlreiche Ergänzungs- und Änderungsanträge zur Qualifizierung von Vorlagen anderer Fraktionen.

Erhöhung der Zweitwohnsitzsteuer

Im Angesicht des immens hohen Haushaltsdefizits hat die Fraktion Die Linke zuletzt die Erhöhung der Zweitwohnsitzsteuer gefordert. Hierzu wurde der Oberbürgermeister beauftragt die entsprechende Satzung auf mögliche Erhöhungen zu prüfen. Explizit ausgenommen werden sollen Studierende, Azubis, Wissenschaftler:innen und Pendler:innen. Wir schlagen eine Staffelung nach Zweitwohnungsgröße vor und erwarten gespannt das Ergebnis der Prüfung.

Uneingeschränkte Kostenübernahme der Führerscheinaffäre

Wie bereits in der Vergangenheit in PaS und Rathausreport berichtet kam es in der Vergangenheit häufiger zu Diskriminierung in der Potsdamer Führerscheinstelle, es wurden unzulässiger Weise Fahrtauglichkeitsnachweise gefordert. Auf Betroffene kamen hohe Kosten zu. Auf Antrag der Linken trägt die Stadt nun endlich die Kosten für die Geschädigten.

Geschwindigkeitsdisplays für mehr Verkehrssicherheit

In den Ausschuss für Mobilität überwiesen wurde ein Antrag Dialogdisplays zur Verbesserung der Verkehrssicherheit neben der temporären Aufstellung auch an festen Standorten zu genehmigen. Bisher mussten die Standorte wöchentlich gewechselt werden – absurd!

Termine/Kontakte

Dezember 2024 – Januar 2025

Fraktionssitzungen: KEINE im Dezember 2024 – nächste

Sitzungen: 06.; 13.; 20. Januar 2025 – jeweils 18:00 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3

Stadtverordnetenversammlung: 22. Januar 2025, 15:00 Uhr, IHK Potsdam, Breite Str. 2A – C

KONTAKT: Ida Karlotta Wiesigstrauch,
Fraktionsgeschäftsführerin
Friedrich-Ebert-Str. 79/81 in 14469 Potsdam
Tel.: 0331 289 3048,
E-Mail: dielinke@rathaus.potsdam.de

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Bei Fragen wenden Sie sich bitte

unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

Fraktion Die Linke; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 48 Fax: 0331/289 31 19

Redaktion:

Isabelle Vandré (v.i.S.d.P.), Ida Wiesigstrauch (Geschäftsführerin)

Druck: Nordostdruck

Ida Karlotta Wiesigstrauch

„Darüber diskutieren wir gar nicht“

Potsdamer Haushaltsverhandlungen starten mit Streichliste des Grauens

Die Diskussionen um den Potsdamer Stadthaushalt sind gestartet. Der Oberbürgermeister Schubert hat gemeinsam mit seinem Kämmerer Burkhardt Exner eine lange Tabelle mit Einsparpotentialen vorgelegt. Auffällig ist: Gestrichen werden soll vor allem im Sozialen Bereich, bei Nachbarschaftshäusern, Jugendarbeit, dem Preisdeckel für das Schulmittagessen, dem preisreduzierten ÖPNV-Ticket, Integrations- und Kulturangeboten. Einsparpotentiale im Baubereich, wie z.B. Die Erweiterung des Stadtkanals, fehlen hingegen völlig. Auftakt der Debatte bildete ein Workshop für die Stadtverordneten am 30.11. Linken-Fraktionsvorsitzende Isabelle Vandre machte bereits im Vorfeld deutlich: „Um es ganz klar zu sagen: Über die Streichung von Ausgaben für Kinder, Bildung, Kultur, Sport oder im zivilgesellschaftlichen, antirassistischen Bereich diskutiere ich überhaupt nicht. Das kommt für uns nicht in Frage in einer Stadt mit wachsenden Bedarfen und steigender sozialer Ungleichheit! [...] Solche Dinge werden sich rächen.“

Welche Auswirkungen derartige Streichungen zukünftig für die Stadtgesellschaft haben ist nur zu erahnen. Zudem liegt



bisher kein Haushaltsentwurf vor. „Es scheint, Oberbürgermeister und Kämmerer wollen die Verantwortung für Kürzungen auf die Stadtverordneten abwälzen und sich so aus der Affäre ziehen“, resümiert Linken-Kreisvorsitzende Iris Burdinski. „Wir kämpfen gemeinsam als Fraktion und gegen jegliche Sozialkürzungen. Das können wir uns in Potsdam schlicht nicht leisten.“

„Jeder zweite Herzschlag ...“

„Kultur ist jeder zweite Herzschlag unseres Lebens“ – diese Worte haben sich in mir festgesetzt. Im ehemaligen Potsdamer Kulturhaus waren sie als Wandbild für jedermann sichtbar. Der Autor war der Schriftsteller Hans Marchwiza. Der Vater Bergmann aus einer kleinbäuerlichen Häuslerfamilie, die Mutter Erzschepperin, geboren 1890, kam Hans Marchwiza 1910 aus dem oberschlesischen Scharley bei Beuthen als Bergarbeiter an die Ruhr: „Meine Kindheit und Jugend war Kohlenstaub und Ruß! ... Arbeit und Entsaugung aller, auch der geringsten Kinderwünsche. Hunger.“ An der Ruhr wurde Marchwiza sozialistisch geprägt.



Hans Marchwiza zu Gast auf den 1.Arbeiterfestspielen 1959 in Bitterfeld.

Bei Kriegsende der linksozialistischen USPD beigetreten kämpfte er im Frühjahr 1920 als Roter Ruhrsoldat gegen die Kapp-Putschisten, gegen den Terror von Freikorps und Reichswehreinheiten. Seit 1920 Mitglied der KPD kam er Mitte der zwanziger Jahre zur Arbeiterkorrespondentenbewegung, einer kommunistischen Literaturbewegung. Als Mitglied des „Bundes Proletarisch Revolutionärer Schriftsteller“ und als Mitarbeiter der „Linkskurve“ veröffentlichte Marchwiza 1930 die Reportage „Sturm auf Essen“, eine Geschichte der Ruhrkämpfe von 1920. 1933 aus Deutschland



Das war unser Marchwiza-Haus

geflüchtet kämpfte Marchwiza im Tschapajew-Bataillon auf Seite der Internationalen Brigaden in Spanien. Der erste Teil der „Kumiak“-Trilogie, die Chronik einer Tagelöhner- und Bergarbeiterfamilie, konnte 1934 im Exil erscheinen. Zwei Jahrzehnte später konnte Marchwiza 1952 in der DDR die Fortsetzung „Die Heimkehr der Kumiaks“ abschließen. 1947 hat Marchwiza seine Erinnerungen „Meine Jugend“ veröffentlicht.

1946 kam Marchwiza ins Deutsche zurück, zunächst nach Stuttgart, 1947 dann nach Potsdam. Hier wohnte er in der Rosa-Luxemburg-Straße 27 in Babelsberg. Er wurde u. a. Gründungsmitglied der Akademie der Künste, Vizepräsident des Deutschen Schriftstellerverbandes und Kulturattaché sowie zweiter Botschaftsrat der DDR in Prag. Marchwiza wurde 1950, 1955 und 1964 für seine geleistete Arbeit mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet. Anlässlich seines 70. Geburtstages erhielt Hans Marchwiza den Karl-Marx-Orden und den Ehrentitel „Dr. phil. h.c.“ der Humboldt-Universität.

Als Hans Marchwiza am 17. Januar 1965 in Potsdam starb, schrieb Anna Seghers in einem Text mit dem Titel „Unser Hannes“: „Wir wissen, daß sein Andenken und sein Werk immer mit uns sein werden.“ Und heute? In Buchhandlungen ist Hans Marchwiza kaum noch zu finden, auch nicht in Babelsberg, wo er lange Jahre lebte. Seine Bücher gibt es fast nur noch antiquarisch. Aber seine klugen Worte (siehe oben) gelten weiter.

Bernd Martin

QuelleFotos: potsdam/wiki

Regierungsbündnis mit ungewisser Halbwertszeit: SPD und BSW einigen sich auf Vertrag

Die Brandenburger SPD und das BSW haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Dies lässt nichts Gutes erwarten: Schon bald drohen Kürzungen im Sozialbereich. Ein Bekenntnis gibt es dagegen zum Ausbau der Brandenburger Bundeswehrstandorte.

Viel Konkretes ist dem Koalitionsvertrag, der die Arbeitsgrundlage für die neue Landesregierung bilden soll, nicht zu entnehmen. In dem Werk, dass mit „Brandenburg voranbringen – Bewährtes sichern. Neues schaffen.“ überschrieben ist, zwar viele wohlfeile Zielformulierungen, die die überwiegende Mehrheit der Brandenburger:innen vermutlich teilen wird. So ist von der Neuansiedelung neuer Wirtschaftsunternehmen die Rede, gleichzeitig sollen bestehende Standorte geschützt werden. Die Qualität in Schulen und Kitas soll verbessert werden und möglichst alle Krankenhausstandorte erhalten bleiben. Auch ein grundsätzliches Bekenntnis zum Klimaschutz fehlt nicht. Allein: Wenn es darum geht, wie diese Ziele erreicht werden sollen, bleibt der Vertrag an vielen Stellen vage. Dort wo, wie beim Erhalt der Krankenhausstandorte, ein glasklar umrissenes Ziel ausgeben wird, folgt sogleich die Einschränkung: Auf Bundesebene müssten zunächst einmal die finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Alles unter Haushaltsvorbehalt

Besonders augenfällig ist: Keines der genannten Vorhaben ist mit einem Preisschild versehen. Die neuen Koalitionäre haben es schlicht unterlassen zu erklären, wie viel Geld sie für geplante Maßnahmen in die Hand nehmen wollen. Ebenso fehlt eine Priorisierung der Vorhaben. Warum der Koalitionsvertrag so im Ungefähren bleibt, dass erschließt sich erst relativ am Ende des 67-seitigen Papiers. Hier heißt es: „Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen ebenso unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit (Haushaltsvorbehalt)“. Klar ist jetzt schon, dass der zukünftige BSW-Finanzminister Crumbach einen Sparhaushalt vorlegen wird. Einschnitte im sozialen Bereich, wie sie auch schon der Potsdamer Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) für die



Die Brandenburger SPD hat mit dem BSW einen Koalitionsvertrag verhandelt, der kürzer ist als frühere Verträge. Im Hintergrund dräut immer Frau Wagenknecht. Wofür steht die neue rot-lila-Verbindung?

Landeshauptstadt ins Spiel gebracht hat, drohen auch auf Landesebene.

Streit um Bundeswehrstandorte

Nach der Wahl des Ministerpräsidenten dürfte die eigentliche Bewährungsprobe daher die Aufstellung des Landeshaushaltes Anfang des kommenden Jahres sein. Wie gefährlich das für Woidke und Crumbach werden könnte, zeigt der aktuelle Streit um den Ausbau der Bundeswehrstandorte. Machte das BSW im Wahlkampf mit Forderungen nach Abrüstung auf sich aufmerksam, findet sich nun ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Brandenburger Bundeswehrstandorte im Koalitionsvertrag. Besonders im Fokus steht dabei der Fliegerhorst Schönewalde/Holzdorf. Hier soll das Raketenabwehrsystem Arrow 3 stationiert werden. Kritische Nachfragen von einigen BSW-Landtagsabgeordneten mussten diese auf Druck des Fraktions- und Landesvorsitzenden Crumbach zurückziehen. Der BSW-Abgeordnete Hornauf kündigte daraufhin an, nicht für Dietmar Woidke stimmen zu wollen. Denn ob sich SPD und BSW zusammenraufen können und das Regierungsbündnis bei der knappen Mehrheit (46 von 88 Stimmen) auch bis zur Verabschiedung eines ersten gemeinsamen Haushaltes trägt, ist völlig offen.

Konstantin Gräfe

Kurz kommentiert:

Widerstand gegen Sparhaushalte angesagt

Im Koalitionsvertrag von SPD und BSW finden sich lauter wolkige Absichtserklärungen. Kein Vorhaben ist finanziell wirklich untersetzt. Maßnahmen, wie das kostenlose Schulesen, das vielen Familien in Brandenburg helfen würde, sind gleich ganz abgesagt. In einem sind sich die neuen Koalitionäre aber erstaunlich einig: Alles steht unter Haushaltsvorbehalt. Brandenburg steuert damit auf harte Einsparungen zu. Was das heißt, kann aktuell in Berlin beobachtet werden: Klassenfahrten werden gestrichen, Theater und andere Kultureinrichtungen stehen vor der Pleite, soziale Entlastungen wie vergünstigte Tickets für Bus und Bahn laufen ersatzlos aus. Für alle, denen der soziale Zusammenhalt in diesem Land nicht – entschuldigen Sie diese deutliche Formulierung – völlig am Arsch vorbei geht, heißt es jetzt, Widerstand zu organisieren. Denn Reichtum

gibt es in diesem Land genug. Er muss nur endlich mal gerecht verteilt werden. Maßnahmen dazu liegen auf dem Tisch: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung der Investitions- aka Schuldenbremse. Dann können wir auch die dringend benötigten Investitionen in gute Bildung, in soziale Infrastruktur und in bezahlbaren Wohnraum endlich angehen.

Iris Burdinski,
Kreisvorsitzende Die Linke Potsdam



Linke reitet Eintrittswelle

Gesamtmitgliederversammlung mit vielen Neumitgliedern

Die Potsdamer Linke ist im November wieder über die 500-Mitglieder-Marke gewachsen. Seit der Landtagswahl sind im Kreisverband somit mehr Mitglieder eingetreten als im gesamten Jahr 2023. "Im laufenden Jahr begrüßen wir 71 Neumitglieder", freut sich die Schatzmeisterin Petra Pannicke.

Als motivierend für ihren Eintritt in Die Linke gaben die Neumitglieder vor allem die Themen Solidarität, Wohnen, Klima, Kunst und Kultur und insbesondere den Kampf gegen den Rechtsruck an. "Die Neueintritte sind ein sehr motivierendes Zeichen, der Wunsch nach einer solidarischen, klimagerechten und antifaschistischen Gesellschaft ist groß. Wir sind dankbar und freuen uns mit Euch zusammen Die Linke wieder stark zu machen. Mit einer Bundestagsfraktion 2025!", zeigt sich die Kreisvorsitzende Iris Burdinski zuversichtlich.



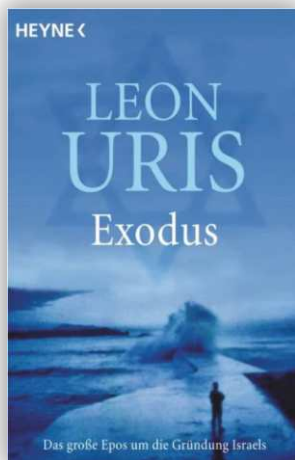
Gruppenfoto von Neumitgliedern auf der GMV

Auf der Versammlung wurde insbesondere diskutiert, wie die Verankerung in den Stadtteilen weiter ausgebaut werden kann - im Wahlkampf und darüber hinaus. Die Neumitglieder können hier einen entscheidenden Beitrag leisten, hofft Burdinski, die bereits Dutzende kennenlernen durfte: "Am Ende all unserer Bemühungen steht, dass dieses Land gerechter werden muss. Die Linke bleibt der Ort, um genau dafür zu streiten."

Unsere Buchempfehlungen zum Fest

Leon Uris: Exodus

Palästina 1947: 4000 jüdische Flüchtlinge versuchen auf dem Schiff Exodus endlich Zuflucht im Gelobten Land zu finden. Unter ihnen viele Waisenkinder, die die Shoa überlebt haben und nun Tod und Verfolgung hinter sich lassen wollen. In seinem bereits 1958 erschienen Epos beleuchtet Leon Uris die Geschehnisse um die Zukunft der Menschen auf der Exodus, sowie die Gründung des Staates Isreals



aus unterschiedlichen Perspektiven. Ein Buch, das mitreißt, weil es nur 13 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges sowohl die Verbrechen der Nationalsozialisten ganz konkret benennt als auch die politischen Ereignisse in Palästina beleuchtet. Danke an Sigrid für diesen Tipp, der mich nachhaltig beeindruckt hat.

Isabelle Vandre

Giulia Becker: „Wenn ich nicht Urlaub mache, macht es jemand anderes“

Giulia teilt in kurzen Geschichten skurrile und absurde Alltagsbeobachtungen. Sie schreibt dabei nicht nur über ulkige Urlaubssituationen, Katzen oder Konsumtempel, sondern auch von der Therapieplatzsuche, Depressionen oder dem Tod. Das stimmt aber nie traurig oder melancholisch, sondern lädt – ganz im Gegenteil – immer zum lauten Lachen ein. Das perfekte (Hör-)Buch für die dunkle Jahreszeit für Erwachsene und ältere Jugendliche.



Ida Wiesigstrauch

Steffen Mau: Ungleich vereint

In „Ungleich vereint“ gelingt es dem Rostocker Soziologen Steffen Mau, die gesellschaftlichen Spannungen und Herausforderungen der Wiedervereinigung eindrucksvoll zu beleuchten. Präzise, tiefgehend und dennoch gut lesbar erklärt er, wie sich soziale Ungleichheiten und kulturelle Unterschiede zwischen Ost und West bis heute manifestieren. Die Schlussfolgerung: Erst wenn wir anfangen, die durch Teilung und Wiedervereinigung entstandenen Differenzen anzuerkennen, werden Probleme politisch lösbar.

Lena Herenz



Termine PaS Dezember und Januar

Mittwoch, 18.12.24, 18 Uhr, Thalia Kino, Rudolf-Breitscheid-Str. 60, Aufstellungsversammlung der Linken für den Wahlkreis 61

Mittwoch, 08.01.24, rotbloq (Zeppelinstr. 7), kostenlose Rechts- und Sozialberatung

Mittwoch, 08.01.24, 19 Uhr, rotbloq (Zeppelinstr. 7), Alleestr. 3, Neumitgliedertreffen

Freitag, 10.01.24, ab 12 Uhr, Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3, gemeinsames Plakatieren,

Sonnabend., 11.01.24, 12 Uhr Lothar-Bisky-Haus, Alleestr. 3, Wahlkampfauftakt Die Linke Potsdam